Verschlechterung, indem sie hinzufügten, daß eine Kasse dann nicht als gefährdet gilt, wenn sie nach der Errichtung der Betriebs- oder Innungskrankenkasse mehr als tausend Mitglieder behält. **Angenommen von allen bürgerlichen Parteien.**

Die Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkassen und besonderen Ortskrankenkassen werden nur dann zugelassen, wenn sie Leistungen gewähren, die den Satzungen der allgemeinen Zwangskasse gleichwertig sind. Dabei sollen Leistungen der maßgebenden Kasse, die noch kein volles Jahr gelten, nicht berücksichtigt werden. Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der letzten Bestimmung. **Abgelehnt von den Kompromißparteien.**

Außerdem soll die Gleichwertigkeit nur von vier zu vier Jahren festgestellt werden, wenn Tatsachen vorliegen, die die nähere Festsetzung als nicht mehr zutreffend erscheinen lassen. Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Gleichwertigkeit sofort festzustellen ist, wenn jene Tatsachen vorliegen. **Abgelehnt von den Kompromißparteien.**

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Mitgliedschaft Versicherter während einer militärischen Uebung von nicht länger als acht Wochen ruht, sofern der Versicherte für diese Zeit seine Beiträge bezahlt. Er wäre damit von den Scherereien und Gefahren, die eine Neuaufnahme, namentlich in eine Betriebskrankenkasse verursacht, verschont gewesen. **Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.**

Marokko.

Wir klagen an!

Die „Times" in London veröffentlichen eine Mitteilung aus Tanger, die eine scharfe Anklage der marokkanischen Stämme gegen die Regierung und die europäischen Großmächte darstellt. Die Anklage ist in Form einer Botschaft gehalten, die einem Korrespondenten von einem Häuptling der Beni Mtir übersandt wurde und es heißt darin unter anderem:

.... Er habe erfahren, daß man ihn des Wunsches anklage, alle Europäer zu töten und aus Marokko zu vertreiben, und daß sein Aufstand hauptsächlich diesen Zweck habe. Nichts sei weniger wahr als dies.... Der Aufruhr, richte sich gegen den Sultan und seinen Wesir. „Was haben diese, seit Muley Hafid den Thron bestieg, anderes getan, als erpreßt, geraubt, gestohlen und getötet? Die Stämme wurden von den Verwandten des Wesirs überlaufen, die sie mit ihren Eskorten ausraubten, bis nichts mehr zu rauben war, ihre Frauen entführten und überall Hunger und Elend verbreiteten. Die Beni Mtir haben wie jeder andere Stamm gelitten. Krieg, Verwüstung, Raub und Erpressung, das war ihr Schicksal in den Händen Muley Hafids und El Glauis. Würde der Stamm der Scherarda, ein Machsenstamm, abgefallen sein, wenn nicht infolge bitterster Not; würde ein Stamm nach dem anderen seine Streitigkeiten vergessen und alle sich vereint haben, wenn ihre Sache nicht eine gerechte wäre? Und was hat Europa anderes getan, als direkt bei der Erpressung und indirekt bei allen Unbilden zu helfen, welche die Stämme zu erdulden hatten? Sind nicht jedem Europäer seine gerechtfertigten und oft auch nicht gerechtfertigten Ansprüche, und zwar ausschließlich durch die Stammesleute bezahlt worden? Denn die Einkünfte aus den Zöllen waren unter Scheester gestellt, und alles fiel auf die Stammleute. Europa lieferte auf Kosten der Stämme Geldanleihen, Patronen, Flinten, Kanonen, Ausrüstungsgegenstände, kurz alles, was Muley Hafid und den Machsen in ihren Massenpressungen unterstützen konnte. Und alles das kulminiert jetzt in der Tatsache, daß eine französische Armee auf dem Wege ist, dem Sultan beizuspringen, eine Armee, die Krieg und Tod auf ihrem Marsche verbreitet. Was haben die Stammleute getan, um dies zu verdienen? Zur Verzweiflung getrieben, als sie ihre Kinder vor Hunger sterben, ihre Frauen geschändet, ihr Vieh fortgetrieben sahen, haben sie zuerst vergeblich protestiert und sich dann erhoben. Sind solche Erhebungen in Europa unbekannt? Haben nicht andere Völker dasselbe getan? Sie haben zuerst nach Europa um Hilfe ausgeschaut, oder wenigstens nach Mitleid; aber keines von beiden ist gekommen. Die Mächte haben sich in ihrem eigenen Interesse und in dem Interesse des Sultans und des Machsen gruppiert. Was haben sie für das Volk getan? Nichts als weitere schwere Lasten auferlegt, nichts, rein gar nichts." In der Botschaft heißt es dann weiter: „Wir entdeckten, daß Europa kein Mitleid hat, aber wir hofften doch auf Gerechtigkeit. Was haben wir gefunden? Der Sultan und der Machsen, die das Land ins Elend gebracht haben, werden unterstützt und verteidigt. Zwei unglückliche Soldaten, die ein Packpferd gestohlen hatten und die Folgen fürchtend desertierten, wurden vor drei Monaten in Fez auf Intervention der Europäer öffentlich in Gegenwart der Truppen erschossen. Hat dies dazu beigetragen, den Bruch zwischen den Stämmen und dem Machsen zu verringern? Wir geben unsere Söhne zu Soldaten her, um unsere Religion und unser Land zu verteidigen. Glauben Sie, daß wir dabei ruhig bleiben und zusehen können, wenn sie so wie jene niedergeknallt werden? Wir wissen, daß wir nicht lange den französischen Truppen widerstehen können. Aber ebensowenig können wir gestatten, daß sie in unser Land einbrechen. Wir werden uns nicht ergeben; wir werden von unserer Sache so lange nicht zurücktreten, als Muley Hafid Sultan und El Glaui sein Wesir bleibt. Unter irgendeinem anderen Souverän wollen wir uns in Frieden zerstreuen und alle internationalen Abmachungen annehmen. Aber dieser Mann und sein Wesir haben uns zu schwer bedrückt. Das Blut unserer Erschlagenen, der Schrei unserer Kinder ruft uns zur Rache auf, unser Blut wie anderes Blut zu rächen. Wären die Europäer nicht gewesen, so würde seit Monaten Frieden geherrscht haben, und ein neuer Sultan würde auf dem Throne sitzen. Sie wissen jetzt, welchen Zwecken Europas Hilfe dient, und es wird eine ewige Schande für Europa bleiben, daß es in die Verlängerung dieser Verbrechensperiode gewilligt hat und dabei konsequent geblieben ist."

Dieser Klageruf der marokkanischen Stämme zeigt, in welch rücksichtsloser und ungerechter Weise der Sultan und die hinter ihm stehende Clique wiederum ihr Unwesen in Marokko treiben. Es zeigt aber auch, wem und zu welchem Zweck die europäischen Großmächte ihre Hilfe leihen. Ist das die so hoch gepriesene europäische „Kultur" arbeit, daß man einen Gauner auf dem Throne unterstützt, um ein Volk ausbeuten und ausnützen zu können? Frühere marokkanische Sultane haben auch nur durch Räuberwirtschaft ein herrliches Dasein geführt. Diese sind darum gestürzt worden. Und jetzt, wo es dem Sultan Muley Hafid wegen seines Verhaltens genau so zu gehen droht, werden ihm von dem zivilisierten Europa Geld und Truppen zur Verfügung gestellt, um sich und sein Räuberleben zu behaupten.

Wir haben schon früher gesagt, daß man den Sultan sich selbst überlassen soll, damit er sich mit seinem Volke auseinandersetze. Heute muß diese Forderung laut und energisch wiederholt werden. Die Klage der marokkanischen Stämme zwingt dazu. Ist es der europäischen Kultur würdig, daß man die Erpresser- und Raubtaktik des Sultans unterstützt und sich selbst daran beteiligt?

Freilich, der Kapitalismus kennt keine Grenzen, wenn es gilt, Völker zu unterdrücken und aus ihnen neuen Gewinn und Reichtum zu ziehen. Darum auch die Rivalitätskämpfe zwischen den Großmächten, wer in Marokko „mehr zu sagen" hat. Aber alles, was von diesen Instinkten noch nicht angesteckt ist, insbesondere das internationale Proletariat, hat die Pflicht, zu warnen und zu fordern, daß sich die europäischen Regierungen auf sich selbst besinnen, daß sie dieser Politik des Draufgängertums ein Ende bereiten. Um so mehr, als internationale Verzettelungen daraus zu entstehen drohen, die die Arbeiterklassen am schwersten treffen würden.

Eine ewige Schande für Europa nennt das unkultivierte marokkanische Volk das verbrecherische Spiel der europäischen Mächte in Marokko; und diese selben Mächte sollen — wenn es nach dem Wunsche der Chauvinisten hüben wie drüben ginge — zu einem Waffengange rüsten, um sich gegenseitig für die „Ehre" und Selbstherrlichkeit eines „Juwels" auf dem marokkanischen Thron zu zerfleischen.

* * *

Tanger, 10. Mai. Wie aus dem Lager bei El Knitra gemeldet wird, ist dort am 8. Mai vormittags der Truppenteil eingetroffen, der die zweite Staffel der Kolonne des Obersten Brulard bildet. Unter dem 9. d. M. wird aus El Knitra gemeldet: Reiterabteilungen streifen in der Umgegend des Lagers des Obersten Brulard. Brulard hat schließlich Kavalleriepatrouillen entsandt. Die Kolonne des Obersten Gouraud ist ohne Zwischenfall hier eingetroffen.

Deutsches Reich.

Vom Duellunfug.

Am Mittwoch in früher Morgenstunde hat in der Jungfernheide bei Berlin ein Duell zwischen dem Offizier a. D. und jetzigen Maler Wilhelm von Gaffron und Oberstradam und dem Freiherrn Oswald von Richthofen, Reserveoffizier im zweiten Garde-Ulanen-Regiment, stattgefunden. Beim zweiten Kugelwechsel sank von Gaffron in die Brust getroffen nieder. Er wurde nach dem Paul-Gerhard-Stift gebracht, wo er bald nach seiner Einlieferung starb.

Ueber die Ursachen, die zum Duell führten, entnehmen wir dem Berliner Tag folgendes: Die Ursachen des Duells liegen zum Teil schon mehrere Jahre zurück. Von Gaffron, der im 51. Lebensjahr stand, lernte vor einigen Jahren den jetzt im 25. Lebensjahr befindlichen Leutnant der Reserve Freiherrn Oswald von Richthofen, den Sohn des verstorbenen Staatssekretärs, kennen. R. benutzte seine Bekanntschaft mit G., um von diesem 25 000 M. zu leihen. R. verspielte das Geld innerhalb 14 Tagen in Monte Carlo. Als er dann wieder in finanzieller Bedrängnis war, offenbarte er sich seinen Brüdern, dem Oberlandesgerichtsrat in Jena und dem Konsul. Dabei stellte er ihnen die Geldangelegenheit mit Gaffron irrtümlicherweise so hin, als ob dieser ihm für die geliehenen 25 000 M. seine Erbschaft in Höhe von 40 000 M. abgekauft habe. Die beiden Brüder schenkten ihm Glauben und waren über die angebliche unfaire und unkavaliermäßige Handlungsweise des Herrn v. Gaffron empört. Sie liehen ihrer Empörung auch Ausdruck, indem sie in Bekanntenkreisen das angebliche Manöver des G. erzählten. Die Folge davon war, daß G. immer mehr und mehr von der Gesellschaft boykottiert wurde. Er forschte nach der Ursache dieses gesellschaftlichen Boykotts und erfuhr sie nun. Er stellte den jungen Richthofen und machte ihm ernste Vorhaltungen. R. versprach sofort, das falsche Gerücht nach Kräften zu widerlegen. Das ging aber nicht mehr, das absolut falsche Gerücht hielt sich hartnäckig im Schwange und machte G. gesellschaftlich unmöglich. Am 11. November 1909 erfuhr Herr von Gaffron, daß Richthofen sich im Restaurant „Traube" aufhalte. Von seinem Kutscher gefolgt, begab er sich nach dort und trat ohne Gruß mit den Worten auf den jugendlichen Herrn von Richthofen: „Sie werden sich entsinnen, Herr von Richthofen, was Sie mir vor Ihrer Abreise nach Afrika für einen Brief geschrieben haben. Darauf gibt es nur eine Antwort!" Mit diesen Worten versetzte er dem R. einen Schlag ins Gesicht und entfernte sich rasch. Der Geprügelte rief ihm nun noch das Wort „Schweinehund" nach. Diese Affäre hatte ein gerichtliches Nachspiel erst vor dem Schöffengericht, das G. zu 500 M. Geldstrafe verurteilte und dann, als G. Berufung gegen dieses Urteil einlegte, vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I. In dieser Verhandlung wurde festgestellt, daß von Gaffron in der Geldgeschichte völlig einwandfrei gehandelt habe. Die vom Schöffengericht wegen tätlicher Beleidigung verhängte Strafe von 500 M. wurde auf 200 M. herabgesetzt, da das Gericht bei der von Gaffron begangenen Ausschreitung seine große Erregung berücksichtigte. Mit der Fällung dieses Urteils war die Feindschaft zwischen den beiden Männern aber keinesfalls beendet, im Gegenteil, sie loderte nun erst recht auf und führte schließlich zu der Duellforderung, die gestern früh ausgefochten wurde und so blutig endete.

Wieder hat hier eine höchst alberne und verbrecherische Unsitte ein Opfer gefordert. Bemerkenswert an der Sache ist, daß hier schon eine gerichtliche Sühne der Beleidigung erfolgt war, aber das genügt für die blaublütigen Herren Reserveoffiziere nicht. Ihre „Ehre" ist so ein heikles Ding, das Flecken darauf nur durch Blut abgewaschen werden können. In diesem Falle war es wieder einmal der Minderschuldige, der durch das Verhalten des andern schwer Geschädigte, der bei der „Verteidigung seiner Ehre" sein Leben lassen mußte. Es ist ein Beweis für den kolossalen Stumpfsinn und die Gedankenlosigkeit der besseren Gesellschaft, daß sie krampfhaft an einem solch mittelalterlichen Brauch wie dem Duell festhält, dessen Unsinnigkeit sich bei diesem Fall wieder einmal besonders deutlich gezeigt hat. Würde man die sich duellierenden Herren so behandeln wie andere Raufbolde oder Totschläger, so würde bald kein Duell mehr vorkommen. Aber die junkerlichen Herren von Preußen-Deutschland sind Freunde des Duellunfugs, trotzdem er mit den Lehren des angeblich von ihnen so hochgeschätzten Christentums im krassen Widerspruch steht. Und was den Junkern gefällt, das wird in Deutschland geduldet, auch wenn es noch so unsinnig und unmoralisch ist. Ja, unser christlicher Staat trägt sogar noch das Seinige dazu bei, daß der Duellunfug nicht verschwindet, indem er unter Umständen Offiziere zwingt, sich zu duellieren und damit das Gebot „Du sollst nicht töten", zu verletzen.

Elsaß-Lothringen.

Die Vorlage der Verfassungsreform für Elsaß-Lothringen ist heute Donnerstag in den Kommissionen mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt worden. Gestern ist noch fleißig über ein neues Kompromiß in der elsaß-lothringischen Frage verhandelt worden. Die Verhandlungen waren vom Zentrum eingeleitet worden, und dabei soll nach dem Berliner Tageblatt das Zentrum geneigt gewesen sein, trotz des Widerstandes seiner reichsländischen Mitglieder der Ersten Kammer zuzustimmen. Diese soll noch um drei Landwirtschaftsratsstimmen und je eine Handwerks- und Handelskammerstimme vermehrt werden. Ein endgültiges Scheitern der Vorlage darf in der Ablehnung durch die Kommission nicht erblickt werden. Es wird jedenfalls noch weiter verhandelt werden.

Die Elsaß-Lothringer hätten keine Veranlassung, dem Entwurf eine Thräne nachzuweinen, wenn er nicht zustande käme. Im Gegenteil, es könnte ihnen gar nichts besseres passieren, als wenn er fiele. Dann wäre die Regierung gezwungen, über kurz oder lang eine Vorlage einzubringen, die nicht so reaktionär wäre, wie der vorliegende Entwurf

*

Etwa 30 bis 35 Mitglieder des soeben geschlossenen elsaß-lothringischen Landesausschusses, meist Vertreter oberen Elsaß-Lothringen, haben folgende Resolution gefaßt:

„Die zum Abschied versammelten Mitglieder des Landesausschusses sind überzeugt, daß angesichts der Haltung der elsaß-lothringischen Regierung, die der Volksvertretung Schweigen auferlegt, das Interesse des Volkes mehr als je erfordert, der von der Regierung geplanten Verfassung den energischsten Widerstand entgegenzusetzen und ersuchen die elsaß-lothringischen Abgeordneten im Reichstage, zum Wohle unseres Landes in diesem Sinne zu wirken."

Nach dem oben mitgeteilten ist es ja nicht unwahrscheinlich, daß der Wunsch der Landesausschußmitglieder, die Verfassungsreform möge nicht zustande kommen, in Erfüllung geht.

Das preußische Abgeordnetenhaus

beriet am Mittwoch zunächst eine Vorlage zur Entlastung des Oberverwaltungsgerichts. Es soll eine Revisionssumme festgesetzt und außerdem sollen Hilfsrichter zugezogen werden. Der Vorlage werden von allen Parteien Bedenken entgegengehalten. Genosse Liebknecht verwies darauf, daß die Entlastung des Oberverwaltungsgerichts den Uebergriffen mancher Verwaltungsbehörden zuzuschreiben sei. Die Einführung einer Revisionssumme bedeute eine Einschränkung der letzten Möglichkeit, sich gegen ungesetzliche Zumutungen von Verwaltungsbehörden zu schützen. Die Hilfsrichter würden eine zweifelhafte Unabhängigkeit besitzen. Schließlich ging die Vorlage an eine Kommission.

Dann wurde ein Gesetzentwurf beraten, der die Pflicht zum Besuche der ländlichen Fortbildungsschulen auf einige weitere Provinzen ausdehnt. Der Landwirtschaftsminister begründete die Nichtzulassung des Sonntagsunterrichts mit den Vorrechten, die die Kirche auf den Sonntag habe, und sprach sich gegen obligatorischen Religionsunterricht aus, da ohnedies viel Gelegenheit zu christlich-religiöser Erziehung sein werde. Ein Konservativer forderte im Namen einer Minderheit seiner Fraktion die Einführung des Sonntagsunterrichts, da sonst die jungen Leute in die Wirtshäuser gehen würden, um dort Schnaps zu trinken. Die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts wurde nur vom Zentrum befürwortet. Schließlich ging auch diese Vorlage an eine Kommission. Vor Erledigung zweier kleinerer Vorlagen vertagte sich das Haus auf Donnerstag, wo Anträge und Petitionen beraten werden sollen.

Zur Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl.

Aus Stuttgart wird der Vossischen Zeitung berichtet: „In der Frage der Oberbürgermeisterwahl ist eine neue Wendung eingetreten. Die nationalliberale Partei, die bisher unbedingt an Lautenschlager festhielt, erklärte nunmehr ihre Bereitwilligkeit für den früher von der Volkspartei vorgeschlagenen, aber abgelehnten Ministerialrat Sigel einzutreten. Die Volkspartei lehnt jedoch ab, da sie unterdessen, veranlaßt durch das Festhalten der Nationalliberalen an Lautenschlager, sich für den Oberbürgermeister Keck entschieden hat und diesen nicht plötzlich preisgeben will."

*

Der Württembergische Staatsanzeiger schreibt: „In einem Artikel des Neuen Tagblatts ist gesagt, man ergäbe sich einer der Parteigenossen des Dr. Lindemann habe vor dessen Aufstellung als Bewerber um die Stadtvorstandsstelle in Stuttgart bei der Regierung sondiert, ob Herr Lindemann im Falle seiner Wahl bestätigt würde, und die Antwort des Staatsministers des Innern habe nicht ablehnend gelautet. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß der Inhalt dieser ganzen Erzählung jeder tatsächlichen Unterlage entbehrt."

Eine Absage an den preußischen Landwirtschaftsminister.

Der geschäftsführende Ausschuß des Hauptvorstandes des Deutschen Ostmarkenvereins hat am Dienstag einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Die bis jetzt bekannt gewordenen Mitteilungen des Ministers v. Schorlemer seien so unzureichend und widerspruchsvoll, daß zunächst die öffentlichen Verhandlungen im Abgeordnetenhause abgewartet werden müßten. Gegenüber allen den fortgesetzten Bemühungen des Herrn Ministers, sich zwar grundsätzlich auf den Boden des Enteignungsgesetzes zu stellen, praktisch aber seine Anwendung auf ungewisse Zukunft hinauszuschieben und auf diesem Wege theoretischer Gesinnungstreue das öffentliche Gewissen zum Schweigen zu bringen; gegenüber ferner der in diesem Sinne auch jetzt wieder gebrauchten Versicherung, daß für sein Verhalten in der Frage „nur sachliche, nicht politische Gründe in Betracht kämen", bemerken wir, daß seit Jahr und Tag zur Beruhigung von Abgeordneten und sonstigen um das Schicksal der Ostmarken besorgten Persönlichkeiten die Verzögerung der Anwendung des Gesetzes mit immer neuen Versicherungen und Vorwänden begründet worden ist. Diese Versicherungen, die ihren Einfluß leider nicht verfehlt haben, waren weit entfernt, sachlicher Natur zu sein, sie waren rein politisch und standen in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der eigentlichen Frage. Der Ostmarkenverein ist es, der in der Frage auf dem Boden des Gesetzes steht, und es ist der Herr Landwirtschaftsminister, dessen Tätigkeit nach seinen eigenen Erklärungen im Erfolge dahin geht, das Enteignungsgesetz außer Wirksamkeit zu setzen, das Ansiedlungswerk allmählich einzustellen und so, da diese Schöpfung Bismarckscher Staatskunst der Eckstein der Ostmarkenpolitik ist, den alten Wechsel in dieser Politik einzuleiten."

Zum Schlusse wird dann erklärt: „Wenn nun angesichts der durchaus gesetzmäßigen Haltung des Vereins der Herr Minister erklärt: „er verzichte in Zukunft gern auf den Rat und die Unterstützung der Vereinsleitung", so erwidern wir, daß er auf etwas verzichtet, was er nicht besessen hat, jedenfalls nicht besessen hat seit dem Tage, wo er in seiner persönlichen Auffassung der Frage eine völlige, alle Beobachter überraschende Schwenkung vollzogen hat. Wir aber werden fortfahren, das deutsche Volk auf die unabsehbare, aus dieser Wandlung entstandene Gefahr aufmerksam zu machen, die in gleichem Maße das monarchische Ansehen, die Autorität der Regierung und die Interessen des Deutschtums unheilbar zu schädigen geeignet ist."

Während die hakatistische Tägliche Rundschau zu dieser Erklärung bemerkt, der Herr Landwirtschaftsminister werde unschwer merken können, daß seine Bemühungen, das öffentliche Gewissen zum Schweigen zu bringen, von keinem Erfolg gekrönt seien, meint die Post, sie könne die pessimistischen Auffassungen des Ostmarkenvereins nicht teilen, glaube vielmehr der Hoffnung Ausdruck geben zu können, daß sich recht bald wieder „Gelegenheit zu gemeinsamer Arbeit" geben werde.

Der Selbstmord Dubrowskys.

Prof. O. Chwolson in Petersburg veröffentlicht in der Zeitung Retsch eine Anzahl von Briefen, die ihm über den Studenten Dubrowsky von deutschen Professoren zugegangen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110511/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG